

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 130. Ratssitzung vom 27. Januar 2021

3506. 2021/7

Dringliches Postulat von Res Marti (Grüne), Alexander Brunner (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 06.01.2021:

Subsidiäre Ergänzung der vom Bund und Kanton nur teilweise gedeckten Ertragsausfälle der Kitas während des Lockdowns im Frühling

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Res Marti (Grüne)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3435/2021): Im Frühling 2020 hat die Stadt schnell gehandelt und den Krippen Unterstützung zugesagt. Dafür haben sich die Krippen verpflichtet, ihren Betrieb während des Lockdowns für Kinder von Personen in systemrelevanten Berufen aufrecht zu erhalten. Das schnelle Vorgehen der Stadt war richtig und wichtig, auch wenn die gesetzliche Grundlage dafür etwas wacklig war. Es war auch richtig, dass die Stadt diese Beiträge subsidiär zugesichert hat, das heisst, dass sie nur das zahlt, was Bund und Kanton nicht zahlen. Nun ist es zum Glück so, dass auch Bund und Kanton die Bedeutung der Kinderbetreuung anerkannt haben und ebenfalls Beiträge sprachen. Leider sind diese Beiträge tiefer als jene, die die Stadt im Frühling zugesichert hat – im Schnitt ungefähr um 8 Prozent. Die Kinderkrippen haben nun ein finanzielles Problem, wenn die Stadt diese Abweichung nicht irgendwie deckt. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Verwaltung einen unbürokratischen Weg findet, um die Kinderkrippen im Rahmen dieser Diskrepanz zu unterstützen. Die Krippen erfüllten im Lockdown eine schwierige, aber wichtige Aufgabe. Die Stadt hat sie mit ihrem Versprechen dazu bewegt, diese Aufgabe überhaupt zu übernehmen und nicht einfach dicht zu machen. Es wäre schade, wenn sich die Stadt nicht an ihr Versprechen hielte.*

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. Januar 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Schön, haben Sie auch gemerkt, dass im Lockdown und im Stilllegen der Wirtschaft Unternehmen und Betriebe Probleme und weniger Geld haben. Das ist nicht nur im Falle der Kinderkrippen so. Restaurantbetriebe haben hohe Ausfälle. Eine hohe Anzahl wird in den nächsten Monaten schliessen müssen. Es tut sicherlich auch weh, wenn die Krippen 8 Prozent weniger Einnahmen haben. Das ist aber nicht das erste Problem im Moment. Es zeigt sich nun, dass es einen grundsätzlichen Fehler im System gibt, wenn alles dem Staat übergeben werden soll. Vielleicht kommt auch in der Stadt Zürich einmal der Punkt, an dem für Luxusbeiträge kein Geld mehr vorhanden ist. Es ist nicht sehr abwegig, dass das Geld im Moment nicht mehr so sprudelt. Die SVP lehnt das Postulat GR Nr. 2021/7 aus diesen Gründen ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Alexander Brunner (FDP): *Aus dem Votum der SVP habe ich nicht ganz verstanden, ob sie statt Kinderkrippen lieber Restaurants unterstützen möchte oder ob sie Krippen als Luxus versteht. Als ersten Punkt möchte ich darauf hinweisen, dass die arbeitende Bevölkerung darauf angewiesen ist, dass Kinder in die Krippe können. Der zweite Punkt ist: Hier geht es um eine Nachbearbeitung der Pandemie. Im Frühjahr wie auch heute musste und muss auf verschiedenen föderalen Ebenen – Stadt, Kanton und Bund – relativ schnell und pragmatisch gehandelt werden. Wir haben es nun mit einem guten Beispiel dafür zu tun, dass die Abstimmung nicht immer zu hundert Prozent funktioniert. Die Kommunikation zwischen Bund, Kanton und Stadt hat nicht geklappt. Als Folge davon haben die Kinderkrippen mit etwas gerechnet, was schlussendlich nicht kam. Wir können mit diesem Vorstoss etwas korrigieren, was im Ablauf schiefgegangen ist. Ich befürchte, dass uns in Zukunft solche Vorgänge noch häufiger Bauchschmerzen bereiten werden. Ich hoffe, dass wir das möglichst schnell und pragmatisch lösen können. Kinderkrippen sind ein wichtiger Teil der Versorgung.*

Roger-Paul Speck (SP): *Kinderkrippen sind systemrelevant, damit Eltern arbeiten gehen können. Dass Kinderkrippen notwendig sind, wissen wir nicht erst seit dieser Pandemie. Sie hatten Ertragsausfälle, die nicht alle vergütet wurden. Die Kinderkrippen hatten – wie Restaurants auch – erhöhte Ausgaben für Sicherheitskonzepte und -massnahmen, für die sie ebenfalls nicht entschädigt wurden. Ich kann den Vergleich mit Restaurants verstehen, man kann sie und die Krippen aber in dieser schwierigen Zeit nicht gegeneinander ausspielen. Zusammengefasst geht es um Folgendes: Die Kinderkrippen bekamen nicht den gleichwertigen Ersatz. Zudem sind die – zwar oft privat geführten – Krippen keine Gewinnmaximierungsmaschinen. Vielmals braucht es wenig, bis sie im Minus stehen. Ertragsausfälle sind deshalb gravierend. Es werden wahrscheinlich auch einige Kinderkrippen schliessen müssen. Kinderkrippen haben immerhin einen Bildungsauftrag und benötigen Mittel, damit sie diesen weiterhin erfüllen können. Wir von der SP unterstützen deshalb dieses gute Postulat.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Das letzte Jahr und insbesondere der Frühling 2020 waren auch für den Bereich der Kinderbetreuung sehr speziell. Die Situation war mit Beginn der Pandemie sehr unberechenbar. Wir wussten nicht, was passieren wird und wurden immer wieder von Veränderungen überrascht. Am 13. März 2020 waren sich alle – inklusive Fachleute – unsicher darüber, ob die Kinderkrippen im Land ab dem 16. März 2020 komplett geschlossen werden oder ob sie weiterhin offenbleiben dürfen. Der Bundesrat ging am 16. März 2020 einen Schritt weiter und erklärte die Kinderbetreuung generell als systemrelevant. Das war ein richtiger und sinnvoller Entscheid. Es war aber auch ein Entscheid, der uns und vor allem die Kinderkrippen und ihre Mitarbeitenden vor grosse Probleme gestellt hat. An dieser Stelle möchte ich den Betreiberinnen und Betreibern der Kindertagesstätten (Kitas) danken – insbesondere auch ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich immer noch in einer anspruchsvollen Situation befinden. Ich möchte auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Departement danken, die*

3 / 4

sehr schnell für eine städtische Lösung gesorgt haben. Es kam nicht nur im Zusammenhang mit Bundesratsentscheiden hier und da zu Überraschungen oder Unsicherheiten. Der Kanton entzog uns ein paar Tage nach deren Einführung die Rechtsgrundlage zur Schaffung einer Verordnung wieder, weshalb wir es über einen Kredit lösen mussten. Wir hatten im Zwei- bis Dreitagesrhythmus eine neue Rechtsgrundlage. Es war sehr kompliziert. Unser erstes Ziel war es, dass das Geld die Kitas schnell erreicht. Wir haben eine unbürokratische Vorfinanzierung gemacht. Ich bin froh, dass unterdessen fast alle Mittel wieder zurück bei uns sind. Das Vertrauen hat sich gelohnt und es hat funktioniert, ansonsten hätten die Kitas das Geld nicht zurückzahlen können. Die Vorfinanzierung war ein Teil. Der einzige Unterschied in der Wahrnehmung besteht in der Frage, was wir versprochen oder eben nicht versprochen haben. Wir wissen nicht, ob wir in allen Fällen mehr bezahlt hätten als der Bund. Es wäre im Sinn der Subsidiarität nicht angemessen gewesen, unser eigenes System durchzurechnen, nachdem der Bund seines schon durchgerechnet hat. Nun gilt das Bundessystem. Es ist ein sinnvoller und ein pragmatischer Weg, wenn Sie uns den Auftrag dazu erteilen, die Differenz auszubehalten, damit die Entschädigung etwas höher ausfällt. Wir sind bereit, die Auszahlung von zusätzlichen Mitteln aufzugleisen. Sobald Sie das Postulat überwiesen haben, werden wir an der Weisung arbeiten. Die Pandemie ist noch nicht ausgestanden, auch im Kinderbetreuungsbereich nicht. Wir schauen weiterhin, wie wir die Betriebe in der Stadt Zürich unterstützen und entlasten können, damit sie als Betrieb überleben, aber auch, damit sie ihre systemrelevante Leistung in dieser sehr anspruchsvollen Situation erbringen können.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Balsiger (SVP): *Eine Branche, die wegen 12 Prozent Umsatzeinbusse bereits vor scheinbar unlösbaren Problemen steht, steht sowieso auf schwachen Beinen. Da stimmt etwas nicht. Wenn sie eine Kita gründen wollen, bekommen sie vom Verband ein telefonbuchdickes Handbuch, worin alles geregelt wird – von Kühlschranktemperatur bis über Seifen bis zur Anzahl an Betreuern und Kindern. Das Problem sind nicht die 12 Prozent weniger Umsatz, sondern die Auflagen, die der Staat macht. Am Anfang praktisch jedes Problems in der Schweiz steht der Staat. Sinnvoller als mehr Entschädigung zu bezahlen wäre es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Kinderbetreuung auch ohne staatliche Zuschüsse für wenig Geld möglich ist. Die ganzen Auflagen des Staats, die den Preis hochdrücken und die Subventionen und staatlichen Beiträge verursachen, sind zu streichen. So könnte die Branche zukünftig auf eigenen Beinen stehen. Zweitens – und auch hier ist der Staat der Bösewicht: Warum müssen in der Schweiz so viele Kinder fremdbetreut werden? Warum reicht es nicht aus, wenn ein Elternteil arbeiten geht? Heute arbeiten Sie das halbe Jahr für den Staat: Abgaben, Gebühren, Steuern und so weiter. Überall greift der Staat tiefer in die Taschen und verunmöglicht es, dass ein Einkommen für eine Familie ausreicht. Als Lösung bietet der Staat teure Leistungen an, die wiederum von jemand anderem bezahlt werden müssen. Und wenn in diesem System nur 12 Prozent fehlen, steht es bereits vor dem Zusammenbruch. Das System, das Sie gerne möchten, in dem der Staat alles regelt, ist nicht zukunftsträchtig. Es wäre gescheitert, wenn sich der Staat soweit als möglich aus den Belangen der Men-*



4 / 4

schen heraushält, so wenige Auflagen wie möglich macht und die Menschen frei wirtschaften können. So könnten die Menschen von ihrem Erarbeiteten gut leben. Dafür braucht es mehr bürgerliche und liberale Politik. Weniger Staat, mehr Freiheit.

Das Dringliche Postulat wird mit 95 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat